

Über das Recht Rechte zu haben

Menschenrechte im palästinensisch-israelischen Kontext

Tsafir Cohen

Festrede, Hannover, 14. März 2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Unterstützerinnen und langjährige Weggefährten,

als mich Astrid und Wilhelm Wortmann, Helmut Neddermeyer und Franz Werner anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Palästina Initiative Hannover für einen Redebeitrag anfragte, löste dies nicht nur große Freude in mir aus, sondern brachte auch alte Erinnerungen zurück. Heute stehe ich hier als Geschäftsführer von medico international, einer Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation, deren Engagement für Palästinenserinnen und Palästinenser in die frühen 1980er Jahre zurückreicht, wobei wir damals noch gar nicht in Palästina selbst aktiv waren, sondern nach den Massakern in Sabra und Shatila in Libanon tätig wurden.

Meine Bekanntschaft mit den Initiatorinnen und Initiatoren der Palästina Initiative reicht nicht ganz so weit zurück, und als ich sie kennenlernen durfte, hatte ich bei medico auch eine andere Rolle: Ich leitete damals von 2007 bis 2010 vor Ort unser Büro für Palästina und Israel. In diesem Kontext lernte ich damals die Palästina Initiative kennen. Sie unterstützte medico damals dabei Bauern- und Hirtenfamilien im Jordantal beizustehen gegen Landraub und den verweigerten Zugang zu essentiellen Ressourcen wie Wasser. Davon gleich mehr.

In Deutschland tut sich die Palästina Initiative Hannover seit nunmehr zwei Jahrzehnten unter anderem mit sachgerechter Öffentlichkeitsarbeit über die Lebenssituation, Wirtschaft, Geschichte und Kultur der palästinensischen Bevölkerung sowie für die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina und Israel

hervor. Dabei haben es die Mitglieder der Initiative durch ihre feste Verankerung in der Hannoveraner Stadtgesellschaft, aber auch durch ihre Prinzipienfestigkeit geschafft, Räume des Austauschs, des Dialogs, ja auch der Diskussion in Hannover offenzuhalten. Wer kennt nicht die Filistina, das Festival für palästinensische Kultur und Politik, die hier in der Stadt alle zwei Jahre stattfindet? Das ist in Deutschland bei dem Thema heutzutage leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Bisweilen erfordert die Durchführung solcher Veranstaltungen heutzutage schon Mut. Daran hat es der Palästina Initiative nie gemangelt, und das verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt.

Als ich damals als erster Büroleiter *medicos* die Arbeit in Palästina und Israel gestalten durfte, kreuzten sich also unsere Wege. Es gibt wenige Orte im besetzten Westjordanland, wo einem die Ungleichheit, die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung und die Privilegien der israelischen Siedlerinnen und Siedler deutlicher ins Auge springen als im Jordantal. Hebron würde zweifelsohne dazu gehören, Teile des völkerrechtswidrig annektierten Ost-Jerusalems oder die Gemeinden in der sogenannten *seam zone*, denen kein Zugang nach Israel gewährt wird, die aber gleichzeitig durch die Mauer von der Westbank abgeschnitten sind.

Im viel weniger dicht besiedelten Jordantal befinden sich die bis heute flächenmäßig größten, weil landwirtschaftlichen israelischen Siedlungen. Dort ist nicht nur augenfällig, wie viel Grund und Boden der israelische Staat seinen Siedlungen zugeschlagen hat. Es ist auch offensichtlich, wie der strikt geregelte Zugang zu Wasser die palästinensische Landwirtschaft auf dem verbliebenen Boden schädigt, wie die ebenfalls durch das israelische Militär streng reglementierten Zugangszeiten für palästinensische Bauern diese dazu zwingen, in der größten Hitze des Tages zu arbeiten, weil sie in vielen Orten nicht vor 6 Uhr früh und nicht nach 18 Uhr abends auf ihrem Land arbeiten dürfen.

Es war unter anderem dieses offensichtliche Unrecht, dass die Palästina Initiative Ende der 2000er Jahre – es dürfte 2009 oder 2010 gewesen sein – dazu brachte, den Ort Jiftlik, rund 40 km nördlich von Jericho, nicht nur über medico zu unterstützen, sondern auch persönlich zu besuchen!

Dieser Besuch liegt nun etwa ein Dutzend Jahre zurück. Seither hat medico die Arbeit im Bereich von Land- und Wasserrechten massiv ausgeweitet. Angesichts des rasant voranschreitenden Siedlungsbaus war medico früh klar, dass die Frage einer Zwei-Staaten-Regelung in den vollständig von Israel kontrollierten 60 Prozent der Westbank, den sogenannten C-Gebieten, entschieden werden würde. Mehr noch als das war angesichts der Landnahme und der Verweigerung des Zugangs zu Ressourcen klar, dass es hier grundsätzlich um das Existenzrecht der betroffenen Bevölkerung in diesem Gebiet ging. Es war weiter klar, dass medico die palästinensische Bevölkerung darin bestärken musste, gerade in diesem für das Siedlungsprojekt beanspruchten Gebiet zu bleiben. Und dies nicht, weil wir damit die Existenzberechtigung irgendeines zukünftigen Staatswesens verteidigen wollten, dessen Gründung heutzutage unwahrscheinlicher denn je erscheinen mag, sondern weil es uns um den Schutz des sehr viel grundlegenden Rechts der betroffenen Menschen ging, genau dort zu leben, wo sie bereits waren und wo sie weiterhin leben wollten.

Insofern war dieses Projekt in Jiftlik ein exemplarisches. Für die langjährige Unterstützung möchte ich Euch an dieser Stelle im Namen medicos und unserer Partner vor Ort wirklich herzlich danken!

Längst ist medico mit dem Projektansatz, den damals unter anderem auch die Palästina Initiative Hannover unterstützte, nicht mehr nur im Jordantal präsent, sondern auch in anderen Teilen der Westbank. Wir haben unsere Unterstützung in andere Ortschaften ausgeweitet, etwa nach Burin bei Nablus, nur wenige Kilometer von Huwara entfernt liegt. Sicher haben Sie die Meldungen in der deutschen oder

internationalen Presse wegen des Überfalls auf Huwara durch gewalttätige Siedler gesehen oder gehört. Zur selben Zeit wurden Palästinenser*innen auch in Burin und anderen Dörfern in der Gegend angegriffen. Von insgesamt etwa 400 Verletzten in allen betroffenen Ortschaften war die Rede. In Burin und umliegenden palästinensischen Dörfern unterstützt medico mittlerweile seit Jahren gerade auch wegen der Siedlergewalt palästinensische Bauern- und Hirtenfamilien. Die medico-Partnerorganisation *Union of Agricultural Work Committees* steht den Familien nicht nur mit Saatgut, Setzlingen oder dem Bau von Wasserleitungen zur Seite; sie hat deren Vernetzung untereinander gefördert, damit sich die Dörfer im Fall von Angriffen gegenseitig beistehen. Unter anderem wurden Löschmittel verteilt, um Feuer nach Brandstiftungen und Wildbrände eindämmen zu können.

Auch an all jenen Orten, die dort oft in der Nähe von Siedlungen mit überdurchschnittlich vielen gewaltbereiten Einwohner*innen liegen, geht es uns darum, die Leute in ihrer Entschlossenheit zu unterstützen, sich nicht vertreiben zu lassen. Allgemeiner gesprochen und aus medico-Sicht global gesprochen, geht es hier immer um das Recht zu bleiben, genau so wie wir für das Recht zu gehen einstehen - hier sei konkret wie exemplarisch auf medicos dezidiert parteiische Arbeit an der Seite von Geflüchteten und Migrant*innen hinzuweisen.

Unser Pochen darauf, dass das Menschenrecht allen gilt und unteilbar ist, und der Beistand an der Seite der Entrechteten gestaltet sich in der gegenwärtigen Welt bekanntlich recht schwer. Wir sehen es etwa in den besetzten palästinensischen Gebieten: Wenn unsere Partner wie die *Union of Agricultural Work Committees* auf das Recht zu bleiben pochen, gar sich an die Verbesserung der Lebensverhältnisse heranwagen und an nachhaltiger Entwicklung denken, so begegnen sie – und wir mit ihnen – einem mächtigen Gegner. Die israelische Regierung rückt sie in die Nähe des Terrorismus und ist gerade dabei die Organisation zu schließen. Verboten werden soll gleichzeitig auch die älteste Menschenrechtsorganisation Palästinas, Al Haq. Wir sehen es auch in Israel selber. In einer großen Gesetzesreform möchte die Koalition

aus Rechtsnationalisten, Rechtsradikalen und religiösen Kräften die Gewaltenteilung zuungunsten des Justizsystems durchsetzen. Nicht dass Israels Oberster Gerichtshof besonders auf die Rechte der unter Besatzung Lebenden besonders geschützt hätte, nein, er war und ist Komplizenhaft an deren Entrechtung beteiligt. Aber dieses Regierungsvorhaben stellt regelrecht einen antidemokratischen Umsturz dar!

Erweitern wir den Blick auf die gesamte Welt, so können wir die Tendenz zu schrumpfenden demokratischen Räumen und der Einhegung von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften oder Medien auf allen Kontinenten beobachten. Beispiel Nikaragua: medico unterstützte die Sandinistische Nationale Befreiungsfront schon seit ihrem Kampf gegen die Somoza-Diktatur in den 1970er Jahren, doch jetzt steckt der ehemalige Revolutionär, Präsident Daniel Ortega all seine sandinistischen Weggefährten ins Gefängnis oder treibt sie ins Exil. Unser Büro vor Ort musste schließen. Das ließe sich erweitern um zahlreiche Beispiele aus aller Welt, von Russland, Indien, China bis zur Türkei und zu Ländern der EU, allen voran Ungarn.

Flankierend beobachten wir die Zunahme der Überwachungs- und Unterdrückungsmechanismen, sei es die Nutzung künstlicher Intelligenz durch das israelische Militär zur Abriegelung des Gazastreifens, sei es durch illegale Einkerkierung und Folter von Kritikern aus der palästinensischen Zivilgesellschaft durch die palästinensische Autonomiebehörde in der Westbank und durch Hamas im Gazastreifen, sei es durch den Bau einer Gefängnisanlage in El Salvador, in der mit 40.000 Plätzen sage und schreibe fast ein Prozent der Bevölkerung Platz finden kann.

Hier in Deutschland sind wir bislang von diesen Tendenzen der Zunahme autokratischer Strukturen und populistischer Einschränkung von Meinungsfreiheit einigermaßen verschont geblieben. Auch wenn sich die AfD seit meinem letzten Besuch hier in Hannover fest etablieren konnte, und auch wenn der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine zu einer Militarisierung unserer Sprache und unseres Diskurses führt, so kann man nicht generell von einer

allgemeinen Tendenz der schrumpfenden demokratischen Räume hierzulande sprechen. Mit einer denkwürdigen Ausnahme: Es handelt sich freilich um das Thema Kritik an Israel. medico und mehr noch andere in Deutschland, die sich auch für palästinensische Menschenrechte einsetzen, sind in Deutschland zunehmend mit einer repressiven Umwelt konfrontiert.

Mir fehlt die Zeit mich vertieft auf diesen Diskurs und seine Genese einzugehen, aber ich möchte doch einen Gedanken hierzu entwickeln. Es wird jetzt ein wenig abstrakt und ich versuche es langsam und deutlich zu Sprache zu bringen. Also:

Die gewachsene Erinnerungskultur bezüglich der nationalsozialistischen Verbrechen und der NS-Zeit war und ist von enormer Bedeutung für die demokratische Entwicklung und Erneuerung in Deutschland.

Unsere Auseinandersetzung mit deutschen Verbrechen darf uns aber auf keinen Fall dazu verleiten, uns von allgemein gültigen Grundsätzen abzurücken und in unserem Fall Israel ein Recht auf Straflosigkeit zuzuschreiben.

Erinnern ist, so die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die Vergegenwärtigung von Vergangenheit. Allein die Gegenwart ist der Ort, von dem aus etwas Vergangenes aufgerufen werden kann.

Was dabei jeweils erinnernd aus der Vergangenheit beschworen wird, ist also notwendigerweise subjektiv und an aktuelle Bedürfnisse und Ansprüche des Einzelnen oder der Gruppe gebunden.

Unter diesen Umständen greift die erinnerte Vergangenheit in die Gegenwart, etwa um uns dabei zu helfen Entscheidungen zu treffen, Identitäten zu konstruieren oder Einstellungen zu schärfen.

In diesem Sinne geht es beim Erinnern immer auch um die Gewinnung von Orientierung für die Zukunft.

Folglich frage ich, wie wir über die Nazi-Verbrechen sprechen können, ohne dabei ein Bekenntnis zur Unteilbarkeit der Menschenrechte abzulegen?

Bekennen wir uns zur Unteilbarkeit der Menschenrechte, dann dürfen wir nicht schweigen, wenn die Palästinenserinnen und Palästinenser rechtlos bleiben. Wenn wir aber auch handeln können, so ist das Sprechen kaum genug: Es bedarf der Hilfe in Handgemenge!

Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten Palästinensergebieten, aber auch in den Flüchtlingslagern im Libanon und anderswo, sind dabei besonders betroffen. Ähnlich wenigen anderen Gruppen weltweit, etwa Staatenlose, Geflüchtete, Migrant*innen, die Rohingya. Sie sind allesamt davon betroffen von der Nichterfüllung ihres „Rechts auf Rechte“, die die Basis für die Realisierung aller anderen Rechte darstellt.

Dabei beziehe ich mich auf den Ansatz der deutsch-jüdischen-US-amerikanischen Philosophin Hannah Arendt. Arendt und ihre Zeitgenossen waren damals mit dem Problem von Millionen von Geflüchteten in der Folge des Zweiten Weltkriegs und der NS-Zeit konfrontiert, die plötzlich staatenlos wurden. Von dieser Situation heraus entwickelt Arendt das Konzept „Das Recht, Rechte zu haben“. Dies bedeutet nichts anderes als das Recht auf Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft, in der dem Individuum die weiteren Rechte garantiert werden können.

Ich möchte zwar die Utopie den Nationalstaat zu überwinden natürlich nicht aufgeben. Diese ist aber noch Zukunftsmusik. Deshalb gilt in unserer Gegenwart, in unserer Welt, wie sie jetzt verfasst ist, unumwunden: Ohne Mitgliedschaft in der ausschlaggebenden politischen Gemeinschaft der Gegenwart, also eines Staats kann keines der anderen Rechte garantiert und realisiert werden. Die Basis für Rechte des Individuums ist also die Staatsbürgerschaft. Das Fehlen hiervon zeichnet aber eben die Lage der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten (übrigens auch den Flüchtlingslagern) seit vielen Jahrzehnten aus. Denn, Israel verweigert ihnen

bekanntlich die Staatsbürgerschaft in einem eigenen Staat und verweigert ihnen gleichzeitig die israelische Staatsbürgerschaft.

Sprich, im Sinne Hannah Arendts: Sie haben nicht das grundlegende Recht, das alle anderen Rechte erst möglich macht, denn die Rechte des Individuums werden innerhalb des jeweiligen Staats verhandelt und im Idealfall auch garantiert. Denken Sie da etwa an die bundesdeutsche Verfassung.

Ohne das „Recht auf Rechte“ bleibt also unser Anspruch auf den wunderbaren Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unerfüllt, der uns allen die „volle“ Verwirklichung aller Rechte in einer dazu geeigneten „sozialen und internationalen Ordnung“ zugleich verspricht und vorschreibt. Deshalb, so Hannah Arendt, ist die Weltgemeinschaft vor allem zu einem verpflichtet: dafür zu sorgen, dass alle Menschen dieses eine Recht besitzen, das Recht Rechte zu haben, sprich zu einer politischen Gemeinschaft zuzugehören, in der dem Individuum die weiteren Rechte garantiert werden können. Arendt verpflichtet uns also dazu, das Recht aller Menschen auf Rechte – überall und zu jeder Zeit - einzufordern, also auch uns, die wir hier in Hannover, der Bundesrepublik oder anderswo leben.

In diesem Sinne, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, empfehle ich uns allen einen langen Atem. Wir bleiben einfach dran und pochen auf das Recht auf Rechte – für alle Menschen, überall und zu jeder Zeit. Ob in einem eigenen Staat oder in einem binationalen Staat oder in irgendeiner anderen Konstellation: Auch Palästinenserinnen und Palästinenser müssen endlich ihr „Recht auf Rechte“ realisieren können. Es mag sein, dass wir momentan an kleinen Inseln der Vernunft wie in Jiftlik klammern, aber die Geschichte der amerikanischen, französischen und haitianischen Revolutionen ebenso wie die Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts haben uns eins gezeigt: wie wirkungsmächtig der Ruf nach dem Menschenrecht ist!